

(For English Version see below)

Allgemeine Geschäftsbedingungen Peschel & Partner Rechtsanwälte KG

1. Anwendungsbereich

1.1. Diese Bedingungen gelten für sämtliche Tätigkeiten und gerichtliche/behördliche sowie außergerichtliche Vertretungshandlungen, die im Zuge eines zwischen Peschel & Partner Rechtsanwälte KG und seinen Gesellschaftern (im Folgenden vereinfachend „Rechtsanwalt“) und dem Mandanten bestehenden Vertragsverhältnisses (im Folgenden auch „Mandant“) vorgenommen werden.

1.2. Diese Bedingungen gelten auch für neue Mandate, sofern nichts anderes schriftlich vereinbart wird.

2. Auftrag und Vollmacht

2.1. Der Rechtsanwalt ist berechtigt und verpflichtet, den Mandanten in jenem Maß zu vertreten, als dies zur Erfüllung des Mandats notwendig und zweckdienlich ist. Ändert sich die Rechtslage nach dem Ende des Mandats, so ist der Rechtsanwalt nicht verpflichtet, den Mandanten auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

2.2. Der Mandant hat gegenüber dem Rechtsanwalt auf Verlangen eine schriftliche Vollmacht zu unterfertigen. Diese Vollmacht kann auf die Vornahme einzelner, genau bestimmter oder sämtlicher möglicher Rechtsgeschäfte bzw. Rechtshandlungen gerichtet sein.

3. Grundsätze der Vertretung

3.1. Der Rechtsanwalt hat die ihm anvertraute Vertretung gemäß dem Gesetz zu führen und die Rechte und Interessen des Mandanten gegenüber jedermann mit Eifer, Treue und Gewissenhaftigkeit zu vertreten.

3.2. Der Rechtsanwalt ist grundsätzlich berechtigt, seine Leistungen nach eigenem Ermessen selbstständig vorzunehmen und alle Schritte zu ergreifen, insbesondere Angriffs- und Verteidigungsmittel in jeder Weise zu gebrauchen, solange dies dem Auftrag des Mandanten, seinem Gewissen oder dem Gesetz nicht widerspricht.

3.3. Erteilt der Mandant dem Rechtsanwalt eine Weisung, deren Befolgung mit auf Gesetz oder sonstigem Standesrecht (zB den „Richtlinien für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufes“ [RL-BA] oder der Spruchpraxis des Berufs- und der Disziplinarsenate für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter beim Obersten Gerichtshof und der früheren Obersten Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter [OBDK]) beruhenden Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung des Rechtsanwaltes unvereinbar ist, hat der Rechtsanwalt die Weisung abzulehnen. Sind Weisungen aus Sicht des Rechtsanwaltes für den Mandanten unzumutbar oder sogar nachteilig, hat der Rechtsanwalt vor der Durchführung den Mandanten auf die möglicherweise nachteiligen Folgen hinzuweisen.

3.4. Bei Gefahr im Verzug ist der Rechtsanwalt berechtigt, auch eine vom erteilten Auftrag nicht ausdrücklich gedeckte oder eine einer erteilten Weisung entgegenstehende Handlung zu setzen oder zu unterlassen, wenn dies im Interesse des Mandanten dringend geboten erscheint.

4. Informations- und Mitwirkungspflichten des Mandanten

4.1. Nach Erteilung des Mandats ist der Mandant verpflichtet, dem Rechtsanwalt sämtliche Informationen und Tatsachen, die im Zusammenhang mit der Ausführung des Mandats von Bedeutung sein könnten, unverzüglich mitzuteilen und alle erforderlichen Unterlagen und Beweismittel zugänglich zu machen. Der Rechtsanwalt ist berechtigt, die Richtigkeit der Informationen, Tatsachen, Urkunden, Unterlagen und Beweismittel anzunehmen, sofern deren Unrichtigkeit nicht offenkundig ist.

4.2. Der Rechtsanwalt hat durch Befragung des Mandanten und/oder andere geeignete Mittel auf die Vollständigkeit und Richtigkeit des Sachverhaltes hinzuwirken. Der Rechtsanwalt ist auch hier berechtigt, die Richtigkeit der Informationen anzunehmen, sofern deren Unrichtigkeit nicht offenkundig ist.

4.3. Während aufrechten Mandats ist der Mandant verpflichtet, dem Rechtsanwalt alle geänderten oder neu eintretenden Umstände, die im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein könnten, unverzüglich nach Bekanntwerden derselben mitzuteilen.

4.4. Wird der Rechtsanwalt als Vertragserrichter tätig, ist der Mandant verpflichtet, dem Rechtsanwalt sämtliche erforderlichen Informationen zu erteilen, die für die Selbstberechnung der Grunderwerbsteuer, Eintragungsgebühr sowie Immobilienertragsteuer notwendig sind. Nimmt der Rechtsanwalt auf Basis der vom Mandanten erteilten Informationen die Selbstberechnungen vor, ist er von jeglicher Haftung dem Mandanten gegenüber befreit. Der Mandant ist hingegen verpflichtet, den Rechtsanwalt im Fall von Vermögensnachteilen, falls sich die Unrichtigkeit der Informationen des Mandanten herausstellen sollte, schad- und klaglos zu halten.

5. Verschwiegenheitsverpflichtung, Interessenkollision

5.1. Der Rechtsanwalt ist zur Verschwiegenheit über alle ihm anvertrauten Angelegenheiten und die ihm sonst in seiner beruflichen Eigenschaft bekanntgewordenen Tatsachen verpflichtet, deren Geheimhaltung im Interesse seines Mandanten gelegen ist.

5.2. Der Rechtsanwalt ist berechtigt, sämtliche Mitarbeiter im Rahmen der geltenden Gesetze und Richtlinien mit der Bearbeitung von Angelegenheiten zu beauftragen, soweit diese Mitarbeiter über die Verpflichtung zur Verschwiegenheit belehrt worden sind.

5.3. Nur soweit dies zur Verfolgung von Ansprüchen des Rechtsanwaltes (insbesondere Ansprüchen auf Honorar des Rechtsanwaltes) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Rechtsanwalt (insbesondere Schadenersatzforderungen des Mandanten oder Dritter gegen den Rechtsanwalt) erforderlich ist, ist der Rechtsanwalt von der Verschwiegenheitspflicht entbunden.

5.4. Dem Mandanten ist bekannt, dass der Rechtsanwalt aufgrund gesetzlicher Anordnungen in manchen Fällen verpflichtet ist, Auskünfte oder Meldungen an Behörden zu erstatten, ohne die Zustimmung des Mandanten einholen zu müssen; insbesondere wird auf die Bestimmungen zur Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierung hingewiesen sowie auf Bestimmungen des Steuerrechts.

5.5. Der Mandant kann den Rechtsanwalt jederzeit von der Verschwiegenheitsverpflichtung entbinden. Die Entbindung von der Verschwiegenheit durch seinen Mandanten enthebt den Rechtsanwalt nicht der Verpflichtung, zu prüfen, ob seine Aussage dem Interesse seines Mandanten entspricht. Der Rechtsanwalt kann selbst bei einer Entbindung von der Verschwiegenheit die Verschwiegenheit bewahren.

6. Berichtspflicht des Rechtsanwaltes

Der Rechtsanwalt hat den Mandanten über die von ihm vorgenommenen Handlungen im Zusammenhang mit dem Mandat in angemessenem Ausmaß mündlich oder schriftlich in Kenntnis zu setzen.

7. Unterbevollmächtigung und Substitution

Der Rechtsanwalt kann sich durch einen bei ihm in Verwendung stehenden Rechtsanwaltsanwärter oder einen anderen Rechtsanwalt oder dessen befugten Rechtsanwaltsanwärter vertreten lassen (Unterbevollmächtigung). Der Rechtsanwalt darf im Verhinderungsfalle den Auftrag oder einzelne Teilhandlungen an einen anderen Rechtsanwalt weitergeben (Substitution).

8. Honorar

8.1. Wenn keine anderslautende Vereinbarung getroffen wurde, hat der Rechtsanwalt Anspruch auf ein angemessenes Honorar. Die Verrechnung von Einzelleistungen nach den AHK iVm dem RATG gilt jedenfalls als angemessen.

8.2. Auch bei Vereinbarung eines Pauschal- oder Zeithonorars gebührt dem Rechtsanwalt wenigstens der vom Gegner über dieses Honorar hinaus erstrittene Kostenersatzbetrag, soweit dieser einbringlich gemacht werden kann, ansonsten das vereinbarte Pauschal- oder Zeithonorar. Bei Vereinbarung eines Zeithonorars wird die Leistung je angefangener zehn Minuten verrechnet.

8.3. Wird dem Rechtsanwalt vom Mandanten oder dessen Sphäre ein E-Mail zur Kenntnisnahme zugesendet, ist der Rechtsanwalt ohne ausdrücklichen Auftrag nicht verpflichtet, diese Zusendung zu lesen. Liest der Rechtsanwalt das zugesendete E-Mail, steht ihm hierfür eine Honorierung gemäß ausdrücklicher Vereinbarung für vergleichbare Leistungen oder nach RATG iVm AHK zu.

8.4. Zu dem, dem Rechtsanwalt gebührenden/mit ihm vereinbarten, Honorar sind die Umsatzsteuer im gesetzlichen Ausmaß, die erforderlichen und angemessenen Spesen (zB für Fahrtkosten, Telefon, Telefax, Kopien) sowie die im Namen des Mandanten entrichteten Barauslagen (zB Gerichtsgebühren) hinzuzurechnen.

8.5. Der Mandant nimmt zur Kenntnis, dass eine vom Rechtsanwalt vorgenommene, nicht ausdrücklich als bindend bezeichnete Schätzung über die Höhe des voraussichtlich anfallenden Honorars unverbindlich und nicht als verbindlicher Kostenvoranschlag (iSd § 5 Abs 2 KSchG) zu sehen ist, weil das Ausmaß der vom Anwalt zu erbringenden Leistungen ihrer Natur nach nicht verlässlich im Voraus beurteilt werden kann.

8.6. Der Aufwand für die Abrechnung und Erstellung der Honorarnoten wird dem Mandanten nicht in Rechnung gestellt. Dies gilt jedoch nicht für den Aufwand, der durch die auf Wunsch des Mandanten durchgeführte Übersetzung von Leistungsverzeichnissen in eine andere Sprache als Deutsch entsteht. Verrechnet wird auch, sofern keine anderslautende Vereinbarung besteht, der Aufwand für auf Verlangen des Mandanten verfasste Briefe an den Wirtschaftsprüfer des Mandanten, in denen zB der Stand anhängiger Causen, eine Risikoeinschätzung für die Rückstellungsbildung und/oder der Stand der offenen Honorare zum Abschlussstichtag angeführt werden.

8.7. Der Rechtsanwalt ist zu jedem beliebigen Zeitpunkt, jedenfalls aber monatlich und quartalsmäßig, berechtigt, Honorarnoten zu legen und Honorarvorschüsse zu verlangen. Das Honorar ist sofort nach Zugang der Honorarnote fällig.

8.8. Sofern der Mandant mit der Zahlung des gesamten oder eines Teiles des Honorars in Verzug gerät, hat er an den Rechtsanwalt Verzugszinsen in der gesetzlichen Höhe von 4% zu zahlen. Hat der Mandant den Zahlungsverzug verschuldet, so hat er dem Rechtsanwalt auch den darüberhinausgehenden tatsächlich entstandenen Schaden zu ersetzen. Darüberhinausgehende gesetzliche Ansprüche (zB § 1333 ABGB) bleiben unberührt. Für Unternehmer gilt ein Verzugszinssatz von 9,2 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz als vereinbart.

8.9. Sämtliche bei der Erfüllung des Mandats entstehenden gerichtlichen und behördlichen Kosten (Barauslagen) und Spesen (zB wegen zugekaufter Fremdleistungen) können dem Mandanten zur direkten Begleichung übermittelt werden. Der Mandant ist verpflichtet, diese Barauslagen oder Spesen unverzüglich zu begleichen und hält den Rechtsanwalt im Falle der Nicht-Begleichung oder verspäteten Zahlung schad- und klaglos.

8.10. Sofern dem Mandanten im Vergleich zum vereinbarten Honorar (Stundensatz/Rechtsanwaltstarif/Pauschalbetrag) ein Nachlass oder Rabatt gewährt wurde, handelt es sich beim ausgewiesenen ermäßigten Rechnungsbetrag nur um ein Angebot an den Mandanten, welches im Fall der Nichtannahme (durch fristgemäße Bezahlung des Entgelts) hinfällig wird. Bei nicht fristgerechter Bezahlung ist der Rechtsanwalt daher berechtigt, den ursprünglich vereinbarten höheren Betrag in Rechnung zu stellen.

8.11. In jedem Fall, insbesondere im Falle der Vereinbarung einer Honorierung nach RATG/AHK, gebührt dem Rechtsanwalt auch dann ein angemessenes Honorar für sämtliche erbrachte und beauftragte Leistungen, selbst wenn die Kosten dem Mandanten vom Gericht nicht zugesprochen oder als nicht zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung anerkannt werden. Dies gilt etwa für im Namen des Mandanten eingebrachte Fristerstreckungsanträge, der Teilnahme an Bescheinigungstagsatzungen, Beweisanträge, vorbereitende Schriftsätze, Repliken etc. Sollte der Rechtsanwalt für den Mandanten eine Verhandlung außerhalb des Sitzes der Kanzlei besuchen, so kann der Rechtsanwalt gegenüber dem Mandanten den doppelten Einheitssatz verrechnen, selbst wenn der doppelte Einheitssatz dem Mandanten vom Gericht nicht zugesprochen wird.

8.12. Bei Erteilung eines Auftrages durch mehrere Mandanten in einer Rechtssache haften diese solidarisch für alle daraus entstehenden Forderungen des Rechtsanwaltes, soweit die Leistungen des Rechtsanwalts aus dem Mandat nicht teilbar sind und nicht eindeutig nur für einen Mandanten erbracht wurden.

9. Haftung des Rechtsanwaltes

9.1. Eine Haftung des Rechtsanwalts für leicht fahrlässige Schadenszufügung aus seiner beruflichen Tätigkeit, ausgenommen Personenschäden, wird ausgeschlossen. Für Unternehmer gilt weiters: Gegenüber Unternehmern ist eine Haftung des Rechtsanwalts zusätzlich für entgangenen Gewinn, Drittschäden, mittelbare Schäden und/oder Folgeschäden ausgeschlossen.

9.2. Unbeschadet des Punkts 9.1 gilt Folgendes: Die Haftung des Rechtsanwalts aus seiner beruflichen Tätigkeit, etwa für fehlerhafte Vertragserrichtung, rechtliche Beratung oder Vertretung, ist auf die jeweilige gesetzliche Mindesthaftpflichtsumme beschränkt. Dies sind derzeit gemäß § 21a RAO idgF € 400.000.- (in Worten: Euro vierhunderttausend). Diese Haftungsbeschränkung gilt nicht bei vorsätzlicher oder krass grob fahrlässiger Schadensverursachung und bei Personenschäden. Für Verbraucher gilt diese Haftungsbeschränkung nur für leichte Fahrlässigkeit (ausgenommen Personenschäden) und nur dann, wenn der gänzliche Ausschluss leichter Fahrlässigkeit gemäß Punkt 9.1, aus welchem Grund auch immer, unwirksam sein sollte.

9.3. Der gemäß Pkt 9.2 geltende Höchstbetrag umfasst alle gegen den Rechtsanwalt aus seiner beruflichen Tätigkeit, etwa für fehlerhafte Vertragserrichtung, rechtliche Beratung oder Vertretung, bestehenden Ansprüche, wie insbesondere auf Schadenersatz und Preisminderung. Dieser Höchstbetrag umfasst nicht Ansprüche des Mandanten auf Rückforderung des an den Rechtsanwalt geleisteten Honorars. Allfällige Selbstbehalte verringern die Haftung nicht. Der gemäß Pkt 9.2 geltende Höchstbetrag bezieht sich auf einen Schadensfall. Bei Vorhandensein zweier oder mehrerer konkurrierender Geschädigter (Mandanten) ist der Höchstbetrag für jeden einzelnen Geschädigten nach dem Verhältnis der betraglichen Höhe der Ansprüche zu kürzen.

9.4. Der Rechtsanwalt haftet für mit Kenntnis des Mandanten im Rahmen der Leistungserbringung mit einzelnen Teilleistungen beauftragte Dritte (insbesondere externe Gutachter und Substituten), die weder Dienstnehmer noch Gesellschafter sind, nur bei Auswahlverschulden.

9.5. Der Rechtsanwalt haftet nur gegenüber seinem Mandanten, nicht gegenüber Dritten. Der Mandant ist verpflichtet, Dritte, die aufgrund des Zutuns des Mandanten mit den Leistungen des Rechtsanwaltes in Berührung geraten, auf diesen Umstand ausdrücklich hinzuweisen.

9.6. Der Rechtsanwalt haftet für die Kenntnis ausländischen Rechts nur bei schriftlicher Vereinbarung oder wenn er sich erbötig gemacht hat, ausländisches Recht zu prüfen. EU-Recht gilt niemals als ausländisches Recht, wohl aber das Recht der Mitgliedstaaten.

10. Rechtsschutzversicherung des Mandanten

10.1. Verfügt der Mandant über eine Rechtsschutzversicherung, so hat er dies dem Rechtsanwalt unverzüglich bekanntzugeben und die erforderlichen Unterlagen (soweit verfügbar) vorzulegen.

10.2. Die Bekanntgabe einer Rechtsschutzversicherung durch den Mandanten und die Erwirkung rechtsschutzmäßiger Deckung durch den Rechtsanwalt lässt den Honoraranspruch des Rechtsanwaltes gegenüber dem Mandanten unberührt und ist nicht als Einverständnis des Rechtsanwaltes anzusehen, sich mit dem von der Rechtsschutzversicherung Geleisteten als Honorar für seine Leistung zufrieden zu geben.

10.3. Der Rechtsanwalt ist nicht verpflichtet, das Honorar von der Rechtsschutzversicherung direkt einzufordern, sondern kann das gesamte Entgelt vom Mandanten begehren.

11. Markenmeldungen

11.1. Im Rahmen einer Markenmeldung kann es zu Beanstandungen, Rückfragen und negativen Entscheidungen im Prüfverfahren seitens der jeweiligen Markenämter kommen. Der Rechtsanwalt sichert daher keinen Erfolg zu. Auch kann es zu Widersprüchen und Nichtigkeitsverfahren von Seiten anderer Markeninhaber kommen. Sollte eine idente oder verwechslungsfähig ähnliche Marke verwendet oder sonst in Rechte Dritter eingegriffen werden, so können Markeninhaber oder Kennzeichenberechtigte zivilrechtliche Ansprüche erheben. Sämtliche Dienstleistungen in Bezug auf Komplikationen im Anmeldeverfahren oder Ansprüche Dritter sind mangels spezieller Vereinbarung nicht Teil eines Anmeldeauftrags und müssen gesondert beauftragt und entlohnt werden.

11.2. Im Falle von Markenrecherchen und Markenprüfungen kann nur eine Einschätzung der Erfolgchancen einer Markeneintragung abgegeben werden, jedoch können Markenämter und Gerichte zu anderen Ergebnissen gelangen und eine Verwechslungsfähigkeit zu anderen Marken womöglich bejahen. Prüfungen im EU-Markenregister beinhalten mangels spezieller Vereinbarung nicht die Register sämtlicher EU-Staaten. Bei der Anmeldung einer Unionsmarke kann es zu Widersprüchen oder Nichtigkeitsverfahren von nationalen Markeninhabern sämtlicher Mitgliedstaaten kommen. Bei der Anmeldung nationaler Marken kann es wiederum zu Widersprüchen oder Nichtigkeitsverfahren von Unionsmarkeninhaber kommen.

11.3. Eine erfolgreiche Markenregistrierung oder ein Anmeldeverfahren ohne Komplikationen kann keinesfalls garantiert werden, da der Lauf und das Ergebnis eines Markenverfahrens nicht vorherzusehen sind.

11.4. Leistungsumfang bei Markenmeldungen über easybrands.at sind mangels individueller Vereinbarung nur die in den jeweiligen Paketen angebotenen rechtlichen Dienstleistungen. Sollte eine reine (basic) Markenmeldung beauftragt werden, so ist der Rechtsanwalt nicht verpflichtet, etwaige Eintragungshindernisse oder Rechte Dritter zu prüfen. Dem Kunden steht jederzeit die Möglichkeit offen, eine Markenrecherche oder Beratung zu beauftragen.

12. Verjährung/Präklusion

12.1. Für Unternehmer gilt: Sämtliche Ansprüche gegen den Rechtsanwalt verfallen, wenn sie nicht vom Mandanten binnen sechs Monaten ab dem Zeitpunkt, in dem der Mandant vom Schaden und der Person des Schädigers oder vom sonst anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt, gerichtlich geltend gemacht werden.

12.2. Für Unternehmer gilt: Sämtliche Ansprüche gegen den Rechtsanwalt verfallen auch ohne Kenntnis von Schaden und Schädiger längstens nach Ablauf von fünf Jahren nach dem schadenstiftenden (anspruchsbegründenden) Ereignis.

13. Urheberrecht

Der Mandant ist berechtigt, vom Rechtsanwalt verfasste Unterlagen im Zusammenhang mit dem Mandat zu verwenden. Jede andere Verwendung, insbesondere eine Veröffentlichung, bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Rechtsanwalts. Sofern im Einzelfall nicht ausdrücklich anderes vereinbart ist, räumt der Rechtsanwalt keinerlei Rechte, insbesondere, aber nicht beschränkt auf Urheber- und Nutzungsrechte, an von Dritten verfassten Unterlagen oder sonstigen Werken ein, die der Rechtsanwalt im Zusammenhang mit dem Mandat an den Mandanten weitergibt oder weitergegeben hat.

14. Beendigung des Mandats

14.1. Das Mandat kann vom Rechtsanwalt oder vom Mandanten ohne Einhaltung einer Frist und ohne Angabe von Gründen jederzeit aufgelöst werden. Der Honoraranspruch des Rechtsanwaltes bleibt davon unberührt.

14.2. Im Falle der Auflösung durch den Mandanten oder den Rechtsanwalt hat dieser für die Dauer von 14 Tagen den Mandanten insoweit noch zu vertreten, als dies nötig ist, um den Mandanten vor Rechtsnachteilen zu schützen. Diese Pflicht besteht nicht, wenn der Mandant das Mandat widerruft und zum Ausdruck bringt, dass er eine weitere Tätigkeit des Rechtsanwaltes nicht wünscht.

14.3. Sollte der Rechtsanwalt oder der Mandant in einem Prozess mit Anwaltspflicht das Mandat auflösen und der Mandant nicht unverzüglich einen neuen Vertreter bekanntgeben, so ist der Rechtsanwalt lediglich verpflichtet, dem Mandanten gerichtliche Schriftstücke weiterzuleiten. Eine darüberhinausgehende Verpflichtung, insbesondere zur Setzung von Prozesshandlungen, besteht nicht.

15. Herausgabepflicht

15.1. Der Rechtsanwalt hat nach Beendigung des Auftragsverhältnisses auf Verlangen dem Mandanten Urkunden im Original zurückzustellen. Der Rechtsanwalt ist berechtigt, Kopien dieser Urkunden zu behalten.

15.2. Soweit der Mandant nach Ende des Mandats nochmals Schriftstücke (Kopien von Schriftstücken) verlangt, die er im Rahmen der Mandatsabwicklung bereits erhalten hat, sind die Kosten vom Mandanten zu tragen.

15.3. Der Rechtsanwalt ist verpflichtet, die Akten zumindest für die Dauer von fünf Jahren ab Beendigung des Mandats aufzubewahren und in dieser Zeit dem Mandanten bei Bedarf Abschriften auszuhändigen. Für die Kostentragung gilt Pkt 15.2. Sofern für die Dauer der Aufbewahrungspflicht längere gesetzliche Fristen gelten, sind diese einzuhalten. Der Mandant stimmt der Vernichtung der Akten (auch von Originalurkunden) nach Ablauf der Aufbewahrungspflicht zu.

16. Rechtswahl, Gerichtsstand und außergerichtliche Streitbeilegung

16.1. Es gilt materielles österreichisches Recht unter Ausschluss der Verweisungsnormen und des UN-Kaufrechts. Im Falle der Anwendbarkeit von Artikel 6 Abs 1 Rom-I-VO führt diese Rechtswahl gemäß Artikel 6 Abs 2 Rom-I-VO nicht dazu, dass dem Verbraucher der ergänzende Schutz durch zwingende Bestimmungen des Rechts des Verbrauchermitgliedstaats entzogen wird.

16.2. Für Unternehmer gilt: Für Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dem durch die Auftragsbedingungen geregelten Vertragsverhältnis, wozu auch Streitigkeiten über dessen Gültigkeit zählen, wird die ausschließliche Zuständigkeit des sachlich zuständigen Gerichts am Sitz des Rechtsanwaltes in Wien vereinbart, soweit dem nicht zwingendes Recht entgegensteht. Der Rechtsanwalt ist jedoch berechtigt, Ansprüche gegen den Mandanten auch bei jedem anderen Gericht im In- oder Ausland einzubringen, in dessen Sprengel der Mandant seinen Sitz, Wohnsitz, eine Niederlassung oder Vermögen hat.

16.3. Für Verbraucher gilt: Sollte es zwischen dem Rechtsanwalt und dem Mandanten zu Streitigkeiten über das Honorar kommen, steht es dem Mandanten frei, eine Überprüfung des Honorars durch die Rechtsanwaltskammer Wien zu verlangen. Stimmt der Rechtsanwalt der Überprüfung durch die Rechtsanwaltskammer zu, führt dies zu einer außergerichtlichen kostenlosen Überprüfung der Angemessenheit des Honorars.

17. Kommunikation und Schlussbestimmungen

17.1. Der Rechtsanwalt kann mit dem Mandanten – soweit nichts anderes vereinbart ist – in jeder ihm geeignet erscheinenden Weise korrespondieren, insbesondere auch über E-Mail mit jener E-Mailadresse, die der Mandant dem Rechtsanwalt zum Zweck der Kommunikation unter einem bekannt gibt. Schickt der Mandant seinerseits E-Mails an den Rechtsanwalt von anderen E-Mailadressen aus, so darf der Rechtsanwalt mit dem Mandanten auch über diese E-Mailadresse kommunizieren, wenn der Mandant diese Kommunikation nicht zuvor ausdrücklich ablehnt. Vertragssprache ist Deutsch.

17.2. Nach diesen Auftragsbedingungen schriftlich abzugebende Erklärungen können – soweit nichts anderes bestimmt ist – auch mittels Telefax oder E-Mail abgegeben werden. Der Rechtsanwalt ist ohne anders lautende schriftliche Weisung des Mandanten berechtigt, den E-Mail-Verkehr mit dem Mandanten in nicht verschlüsselter Form abzuwickeln. E-Mails, Elektronische Vertragserklärungen, andere rechtlich erhebliche elektronische Erklärungen und elektronische Empfangsbestätigungen gelten als zugegangen, wenn sie die Partei, für die sie bestimmt sind, unter gewöhnlichen Umständen abrufen kann.

17.3. Hat der Mandant dem Rechtsanwalt einen Ansprechpartner, etwa einen Mitarbeiter/Sachbearbeiter im Unternehmen oder Dritten, genannt, so darf der Rechtsanwalt annehmen, dass Aufträge von diesem Mitarbeiter/Sachbearbeiter oder Dritten verbindlich sind und im Namen des Mandanten geschehen.

17.4. Alle Nebenabreden, Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer rechtlichen Wirksamkeit der Schriftform, dies gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftformerfordernisses.

17.5. Sollte eine Bestimmung dieser AGB unwirksam sein, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die AGB können jederzeit unter www.peschel.at/agb-datenschutz eingesehen und heruntergeladen werden. Die deutsche Version dieser AGB ist maßgeblich.

18. DATENSCHUTZ

18.1. Es gilt die Datenschutzerklärung des Rechtsanwalts, welche jederzeit unter www.peschel.at/agb-datenschutz eingesehen und heruntergeladen werden kann.

18.2. Der Mandant erklärt sich ausdrücklich damit einverstanden, dass der Rechtsanwalt die den Mandanten und/oder sein Unternehmen betreffenden personenbezogenen Daten insoweit verarbeitet, überlässt oder übermittelt (iSd Datenschutzgesetzes und der DSGVO), als dies zur Erfüllung der dem Rechtsanwalt vom Mandanten übertragenen Aufgaben notwendig und zweckmäßig ist oder sich aus gesetzlichen oder standesrechtlichen Verpflichtungen des Rechtsanwaltes (zB Teilnahme am elektronischen Rechtsverkehr etc) ergibt.

General terms and conditions

Peschel & Partner Rechtsanwälte KG

1. Scope

- 1.1. These terms and conditions apply to all activities and judicial/official as well as extrajudicial acts of representation which are undertaken in the course of a contractual relationship existing between Peschel & Partner Rechtsanwälte KG and its partners (hereinafter referred to simply as "lawyer" or "attorney") and the client (hereinafter also referred to as "client").
- 1.2. These terms and conditions shall also apply to new mandates unless otherwise agreed in writing.

2. Mandate and power of attorney

- 2.1. The lawyer is entitled and obliged to represent the client to the extent that this is necessary and expedient for the fulfilment of the mandate. If the legal situation changes after the end of the mandate, the lawyer shall not be obliged to inform the client of changes or the consequences thereof.
- 2.2. Upon request, the client shall sign a written power of attorney to the lawyer. This power of attorney may be directed at the performance of individual, specific or all possible legal transactions or acts.

3. Principles of representation

- 3.1. The lawyer shall represent the client in accordance with the law and shall represent the rights and interests of the client in relation to all persons with zeal, loyalty and conscientiousness.
- 3.2. The lawyer is in principle entitled to perform his services independently at his own discretion and to take all steps, in particular to use means of attack and defence in any way, as long as this does not contradict the mandate of the client, his conscience or the law.
- 3.3. If the client instructs the lawyer, whose observance is incompatible with the principles of the proper exercise of the profession of lawyer based on law or other professional law (e.g. the "Richtlinien für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufes" [RL-BA] or the ruling practice of the "Richtlinien für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufes" [Guidelines for the Exercise of the Legal Profession] [RL-BA] or the ruling practice of the Appeals and Disciplinary Senates for Lawyers and Trainee Lawyers at the Supreme Court and the former Oberster Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter [OBDK]), the lawyer shall reject the instruction. If, from the lawyer's point of view, instructions are inappropriate or even disadvantageous for the client, the lawyer must inform the client of the possibly disadvantageous consequences before carrying them out.
- 3.4. In the event of imminent danger, the lawyer shall also be entitled to take or refrain from taking any action not expressly covered by the order placed or contrary to an instruction given, if this appears urgently necessary in the interest of the client.

4. Information and cooperation obligations of the client

- 4.1. After the mandate has been granted, the client is obliged to inform the lawyer immediately of all information and facts which might be of significance in connection with the execution of the mandate and to make all necessary documents and evidence available. The lawyer shall have the right to assume the accuracy of the information, facts, documents and evidence, provided that their inaccuracy is not obvious.
- 4.2. The lawyer has to work towards the completeness and correctness of the facts by questioning the client and/or other suitable means. The lawyer is also entitled here to assume the accuracy of the information, provided that its inaccuracy is not obvious.
- 4.3. During the term of a valid mandate, the client is obliged to inform the lawyer immediately after becoming aware of any changed or newly occurring circumstances which could be of significance in connection with the execution of the assignment.
- 4.4. If the attorney acts as the contract constructor, the client is obliged to provide the attorney with all necessary information necessary for the self-calculation of the real estate transfer tax, registration fee and real estate income tax. If the lawyer carries out the self-calculations on the basis of the information provided by the client, he is released from any liability towards the client. The client, on the other hand, is obliged to indemnify and hold the lawyer harmless in the event of any loss of property if the client's information proves to be inaccurate.

5. Confidentiality obligation, conflict of interests

- 5.1. The lawyer is obliged to maintain secrecy regarding all matters entrusted to him and all other facts of which he becomes aware in his professional capacity, the secrecy of which is in the interest of his client.
- 5.2. The lawyer is entitled to instruct all employees to handle matters within the framework of the applicable laws and guidelines, provided that these employees have been demonstrably instructed about the obligation to secrecy.
- 5.3. The lawyer is only released from the obligation of secrecy to the extent that this is necessary to pursue the lawyer's claims (in particular claims to the lawyer's fee) or to defend against claims against the lawyer (in particular claims for damages by the client or third parties against the lawyer).
- 5.4. The client is aware that in some cases the lawyer is obliged by law to provide information or reports to the authorities without having to obtain the client's consent; in particular, reference is made to the provisions on money laundering and terrorist financing as well as to provisions of tax law.
- 5.5. The client may at any time release the lawyer from the obligation of confidentiality. The release from confidentiality by his client does not relieve the lawyer of the obligation to verify whether his statement is in the interest of his client. The lawyer may maintain secrecy even in the event of a release from secrecy.

6. Attorney at Law's Reporting Obligation

The lawyer shall inform the client, orally or in writing, to an appropriate extent, of the actions he takes in connection with the mandate.

7. Subauthorization and Substitution

The lawyer may be represented by a trainee lawyer or another lawyer or his authorised trainee lawyer (sub-authorisation). In the event of prevention, the lawyer may pass on the order or individual partial actions to another lawyer (substitution).

8. Fees

- 8.1. Unless otherwise agreed, the lawyer is entitled to a reasonable fee. The invoicing of individual services in accordance with the AHK in conjunction with the RATG shall in any case be deemed reasonable.
- 8.2. Even if a lump-sum or time-based fee has been agreed, the lawyer shall at least be entitled to the reimbursement of costs in excess of the lump-sum or time-based fee paid by the opponent, insofar as this can be made recoverable, otherwise the agreed lump-sum or time-based fee. If a time fee is agreed, the service will be charged per ten minutes.
- 8.3. If an e-mail is sent to the attorney by the client or his sphere of influence, the attorney is not obliged to read this without an explicit order. If the lawyer reads the e-mail sent, he is entitled to a fee for this in accordance with an express agreement for comparable services or in accordance with RATG or AHK.
- 8.4. In addition to the fee agreed with/due to the lawyer, the statutory value-added tax, the necessary and reasonable expenses (e.g. for travel costs, telephone, fax, copies) and the cash expenses paid on behalf of the client (e.g. court fees) shall be added.
- 8.5. The client acknowledges that an estimate made by the lawyer of the amount of the fee expected to be incurred, which is not expressly designated as binding, is not binding and should not be regarded as a binding cost estimate (as defined in § 5 para. 2 KSchG), because the extent of the services to be rendered by the lawyer cannot be reliably assessed in advance by its nature.
- 8.6. The client shall not be invoiced for the expense of invoicing and preparing the fee notes. However, this does not apply to the costs incurred by the translation of service specifications into a language other than German at the client's request. In the absence of any agreement to the contrary, the expenses for letters to the client's auditor written at the client's request, in which, for example, the status of pending cases, a risk assessment for the formation of provisions and/or the status of open fees on the balance sheet date are stated, shall also be invoiced.
- 8.7. The lawyer shall be entitled at any time, but in any case monthly and quarterly, to issue fee notes and to demand advance payment of fees. The fee is due immediately after receipt of the fee note.
- 8.8. If the client is in arrears with the payment of all or part of the fee, he shall pay the lawyer default interest at the statutory rate of 4%. If the client is to blame for the delay in payment, he shall also compensate the lawyer for the loss actually incurred in excess thereof. Further legal claims (e.g. § 1333 ABGB) remain unaffected. For entrepreneurs, a default interest rate of 9.2% above the basic rate of interest is agreed.
- 8.9. All judicial and official costs (cash expenses) and expenses (e.g. due to purchased external services) incurred in the fulfilment of the mandate can be transferred to the client for direct payment. The client is obliged to pay these cash expenses immediately and shall indemnify and hold the lawyer harmless in the event of non-payment or late payment.
- 8.10. If the client has been granted a discount or rebate compared to the agreed fee (hourly rate / lawyer's tariff / lump sum), the stated reduced invoice amount is only an offer to the client, which becomes invalid in the event of non-acceptance (through timely payment of the fee). If payment is not made on time, the lawyer is therefore entitled to invoice the originally agreed higher amount.
- 8.11. In any case, in particular in the case of the agreement of a fee in accordance with RATG/AHK, the lawyer shall also be entitled to an appropriate fee for all services rendered and commissioned, even if the costs are not awarded to the client by the court or recognised as not being appropriate for the purpose of prosecution. This applies, for example, to applications for extension of time limits submitted in the name of the client, participation in certification bylaws, applications for evidence, preparatory pleadings, replicas, etc. If the lawyer attends a hearing for the client outside the place of the office, the lawyer may charge the client the double standard rate (Einheitssatz), even if the double standard rate is not awarded to the client by the court.
- 8.12. If several clients are repr one case, they shall be jointly and severally liable for all resulting claims of the lawyer, insofar as the lawyer's services are not divisible from the mandate and were not clearly provided for only one client.

9. Liability of the lawyer

- 9.1. A liability of the lawyer for slightly negligent damage caused by his professional activity, excluding personal injury, is excluded. The following additionally applies to entrepreneurs: The lawyer shall not be liable to entrepreneurs for loss of profit, third-party damage, indirect damage and/or consequential damage.
- 9.2. Without prejudice to point 9.1 following shall apply: The lawyer's liability arising from his professional activity, for example for incorrect preparation of contracts, legal advice or representation, is limited to the respective statutory minimum liability amount. According to § 21a RAO as amended, this is currently € 400,000 (in words: four hundred thousand euros). This limitation of liability does not apply to intentional or grossly negligent damage and personal injury. For consumers, this limitation of liability applies only to slight negligence (excluding personal injury) and only if the total exclusion of slight negligence under Clause 9.1, for whatever reason, should be ineffective.

- 9.3. The maximum amount applicable pursuant to Clause 9.2. includes all claims existing against the lawyer due to incorrect advice and/or representation, in particular claims for damages and price reduction. This maximum amount does not include the client's claims for reimbursement of the fee paid to the lawyer. Any deductibles do not reduce liability. The maximum amount applicable pursuant to Clause 9.2. is relating to one damage-event. Where there are two or more competing injured parties (clients), the maximum amount for each injured party shall be reduced in proportion to the amount of the claims.
- 9.4. The lawyer is only liable for third parties (in particular external experts and substitutes) within the framework of the provision of the service and only for false negligent selection.
- 9.5. The lawyer is only liable to his client, not to third parties. The client is obliged to expressly point out this circumstance to third parties who come into contact with the lawyer's services as a result of the client's intervention.
- 9.6. The lawyer is liable for the knowledge of foreign law only in the case of a written agreement or if he has made himself necessary to examine foreign law. EU law is never regarded as foreign law, but the law of the Member States is.

10. Legal expenses insurance of the client

- 10.1. If the client has legal expenses insurance, he must inform the lawyer immediately and submit the necessary documents (if available).
- 10.2. The announcement of a legal protection insurance policy by the client and the obtaining of legal protection coverage by the lawyer shall not affect the lawyer's claim to a fee from the client and shall not be regarded as the lawyer's consent to be satisfied with the fee paid by the legal protection insurance policy for his performance.
- 10.3. The lawyer is not obliged to claim the fee directly from the legal expenses insurance but can demand the entire fee from the client.

11. Trademark applications

- 11.1. In the context of a trademark application, complaints, queries and negative decisions in the examination procedure can occur on the part of the respective trademark offices. The lawyer therefore does not guarantee success. Oppositions and invalidity proceedings may also be brought by other trademark owners. Should an identical or confusingly similar trademark be used or otherwise encroach upon the rights of third parties, trademark owners or persons entitled to the trademark may assert claims under civil law. In the absence of a special agreement, all services relating to complications in the registration procedure or claims by third parties are not part of a registration order and must be commissioned and remunerated separately.
- 11.2. In the case of trademark searches and trademark examinations, only an assessment of the chances of success of a trademark registration can be made, but trademark offices and courts may reach different conclusions and possibly affirm a likelihood of confusion with other trademarks. In the absence of a special agreement, tests in the EU trademark register do not include the registers of all EU states. An application for a Union trade mark may give rise to oppositions or invalidity proceedings from national trade mark proprietors in all Member States. When national trademarks are applied for, oppositions or invalidity proceedings may be brought by Union trade mark proprietors.
- 11.3. A successful trademark registration or an application procedure without complications can under no circumstances be guaranteed, as the course and outcome of a trademark procedure cannot be predicted.
- 11.4. In the absence of an individual agreement, the scope of services for trademark applications via www.easybrands.at includes only the legal services offered in the respective packages. If a pure (basic) trademark application is commissioned, the lawyer is not obliged to examine any grounds for non-registrability or third-party rights. The customer has the option of commissioning a trademark search or consultation at any time.

12. Statute of limitation/preclusion

- 12.1. The following applies to entrepreneurs: All claims against the lawyer shall lapse if they are not asserted in court by the client within six months of the time at which the client becomes aware of the damage and the person causing the damage. If the client is a consumer, this does not apply to warranty claims - the statutory period of two years applies.
- 12.2. The following applies to entrepreneurs: All claims against the lawyer shall lapse even without knowledge of the damage and the party causing the damage, at the latest five years after the event giving rise to the damage (event giving rise to the claim).

13. Copyright

The client is entitled to use documents written by the lawyer in connection with the mandate. Any other use, in particular publication, requires the prior written consent of the lawyer. Unless expressly agreed otherwise in individual cases, the lawyer shall not grant any rights, in particular but not limited to copyrights and rights of use, to documents or other works written by third parties which the lawyer passes on or has passed on to the client in connection with the mandate.

14. Termination of contract

- 14.1. The mandate may be terminated by the lawyer or the client at any time without notice and without giving reasons. The lawyer's fee claim remains unaffected by this.

- 14.2. In the event of dissolution by the client or the lawyer, the latter shall represent the client for a period of 14 days to the extent necessary to protect the client from legal disadvantages. This obligation does not apply if the client withdraws the mandate and expresses that he does not wish the lawyer to continue working.
- 14.3. If the lawyer or the client dissolves the mandate in a trial with attorney duty and the client does not immediately announce a new representative, the lawyer is only obliged to forward judicial documents to the client. There shall be no further obligation, in particular to set procedural actions.

15. Obligation to surrender

- 15.1. Upon termination of the contractual relationship, the lawyer shall upon request return the original documents to the client. The lawyer shall be entitled to retain copies of such documents.
- 15.2. If the client requests further documents (copies of documents) after the end of the mandate, which he has already received within the framework of the mandate processing, the client shall bear the costs.
- 15.3. The lawyer shall be obliged to keep the files for at least five years from the end of the term of office and to provide copies to the client, if necessary, during that period. Point 15.2 applies to the bearing of costs. Insofar as longer statutory periods apply for the duration of the storage obligation, these shall be complied with. The client agrees to the destruction of the files (including original documents) after expiry of the retention obligation.

16. Choice of law, place of jurisdiction and out-of-court settlement of disputes

- 16.1. Austrian substantive law shall apply to the exclusion of reference norms and the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods. If Article 6(1) of the Rome I Regulation is applicable, this choice of law, in accordance with Article 6(2) of the Rome I Regulation, does not deprive the consumer of the additional protection afforded by the mandatory provisions of the law of the Member State of consumption.
- 16.2. The following applies to entrepreneurs: For legal disputes arising out of or in connection with the contractual relationship governed by the terms and conditions of the contract, including disputes regarding its validity, the exclusive jurisdiction of the competent court at the registered office of the lawyer in Vienna shall be agreed, unless mandatory law contradicts this. However, the lawyer is also entitled to bring claims against the client before any other court in Austria or outside, where the client has his registered office, domicile, branch or assets.
- 16.3. The following applies to consumers: Should disputes arise between the lawyer and the client regarding the fee, the client is free to demand that the fee be reviewed by the Vienna Bar Association. If the lawyer agrees to the review by the Bar Association, this will lead to an out-of-court review of the appropriateness of the fee free of charge.

17. Communication and final provisions

- 17.1. Until otherwise agreed, the lawyer may correspond with the client in any way he deems appropriate, in particular by e-mail with the e-mail address that the client provides to the lawyer for the purpose of communicating with him. If the client in turn sends e-mails to the lawyer from another e-mail address, the lawyer may also communicate with the client via this e-mail address if the client does not expressly reject this communication beforehand. The contract language is German.
- 17.2. Declarations to be made in writing in accordance with these Terms and Conditions may also be made by fax or e-mail, unless otherwise specified. Unless otherwise instructed in writing by the client, the lawyer shall be entitled to handle e-mail communication with the client in unencrypted form. E-mails, electronic contract declarations, other legally significant electronic declarations and electronic acknowledgements of receipt shall be deemed to have been received if the party for whom they are intended can retrieve them under normal circumstances.
- 17.3. If the client has named a contact person to the lawyer, such as an employee/specialist in the company or a third party, the lawyer may assume that orders from this employee/specialist or third party are binding and are carried out on behalf of the client.
- 17.4. All subsidiary agreements, amendments or supplements to this contract must be made in writing in order to be legally effective; this also applies to the cancellation of this requirement for the written form.
- 17.5. Should any provision of these GTC be invalid, this shall not affect the validity of the remaining provisions. The general terms and conditions can be viewed and downloaded at any time at www.peschel.at/agb-datenschutz. The German version of these general terms and conditions remains the authoritative version.

18. DATA PROTECTION

- 18.1. The lawyer's data protection declaration applies, which can be viewed and downloaded at any time at www.peschel.at/agb-datenschutz.
- 18.2. The client expressly agrees that the lawyer processes, transfers or transmits personal data relating to the client and/or his company (as defined by the Austrian Data Protection Act and the DSGVO) to the extent that this is necessary and expedient to fulfil the tasks assigned to the lawyer by the client or results from legal or professional obligations of the lawyer (e.g. participation in electronic legal transactions, etc.).